

Sicherheitsdialog im Gewerbehaus

75 Jahre NATO – Konsequenzen der US-Präsidentschaftswahlen

Trump und die europäische Sicherheit



Am 23. November 2024 führten die Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP) in Kooperation mit der Deutsch Atlantischen Gesellschaft erstmals eine sicherheitspolitische Informationsveranstaltung in dem neuen Veranstaltungsformat „Sicherheitsdialog“ im Gewerbehaus der Handwerkskammer Bremen durch. Die Teilnahme an den Veranstaltungen der GSP ist immer kostenlos und so nutzten ca. sechzig Personen die Gelegenheit, den Einschätzungen von Experten zu den Konsequenzen der US-Präsidentschaftswahlen für die Sicherheit Europas zu folgen. Die Rolle Deutschlands in der Nordatlantischen Allianz stand dabei besonders im Fokus.

Nach kurzer Begrüßung durch den Leiter des Landesbereichs II der GSP, Brigadegeneral a.D. Rainer Meyer zum Felde übernahm Dr. Klaus Scharioth, ehemaliger Botschafter in den USA von 2006-2011 und früherer Kabinettschef dreier NATO-Generalsekretäre den ersten Teil des Sicherheitsdialogs.



Mit der Wahl Donald Trumps, so Dr. Scharioth, sitze nun ein Präsident im Weissen Haus, dem es weniger um Werte und Prinzipien gehe, sondern der Politik als das Abschließen von „Deals“ betrachte. Internationalen Institutionen wie der Welthandelsorganisation, dem Internationalen Währungsfonds, der Europäischen Union und auch der NATO begegne er skeptisch. Kennzeichnend für Trumps Denken seien die Begriffe „merkantil“ und „transaktional“; d.h. er wolle sich die amerikanischen Sicherheitsleistungen bezahlen lassen und verbinde verschiedene Politikfelder (z.B.

China-Handel mit Sicherheitspolitik) entsprechend der Interessenlage der USA. Dennoch glaubt der ehemalige Botschafter nicht an einen Ausstieg der USA aus der NATO, da hierfür die politischen Hürden in den USA zu hoch seien. Allerdings hält er eine Schwächung des Bündnisses für denkbar, etwa durch eine Relativierung und Konditionierung der Beistandsverpflichtung oder den Rückzug amerikanischer Soldaten aus den gemeinsamen militärischen Kommandostrukturen der Allianz.

Für Wolodymyr Selenskyi sieht er eine schwierige Zukunft voraus. „Die Ukraine wird unter Druck geraten“ prophezeit Dr. Scharioth. So habe sich Trump im Wahlkampf immer wieder skeptisch über die Unterstützung des von Russland überfallenen Landes gezeigt. Auch für die demokratischen Strukturen der USA sei Trump nicht unproblematisch. Trump verstehe sich als Volkstribun, der, einmal gewählt, darauf freie Hand habe, die politischen Spielregeln nach seinen Vorstellungen umzugestalten. Zu erwarten sei eine Regierung, in der bis auf die unteren Führungsebenen der verschiedenen Behörden und Ministerien, alle auf

Trumps Linie gebracht würden. Es werde dann wohl keine unabhängige, kompetente und allein sachorientierte Stimme mehr geben, wie dies noch in der ersten Trump-Administration der Fall war. Aus eigener Erfahrung in der Außenpolitik halte er aber einen unabhängigen Beraterstab wie in den deutschen Behörden für essenziell.



Im Anschluss sprach Brigadegeneral a.D. Meyer zum Felde über die Konsequenzen für die deutsche Verteidigungs- und Bündnispolitik. Zum besseren Verständnis gab er einen kurzen und präzisen Abriss über ihre 75 jährige Erfolgsgeschichte. Beim ersten großen Wandel der NATO vom Kalten Krieg hin zum internationalen Krisenmanagement habe Deutschland - als einst zweitstärkster NATO-Mitgliedstaat mit Verteidigungsausgaben von 3-5% des BIP, einem Friedensumfang der Bundeswehr von 500.000 aktiven und einem Verteidigungsumfang von 1.3 Millionen Soldaten -

sein Abschreckungs- und Verteidigungskonzept aufgegeben. Die Bundeswehr sei in den letzten drei Jahrzehnten, durchaus getragen von dem breiten politischen, gesellschaftlichen und auch militärischen Konsens, nur noch von Freunden umzingelt zu sein und in Russland einen „Sicherheitspartner“ zu haben, zu einem Instrument des Krisenmanagements transformiert und zu einer Art „Technisches Hilfswerk mit Selbstschutzfähigkeit“ reduziert worden. Mit Blick auf Stabilisierungseinsätze im Ausland habe sie ihren Auftrag erfüllen können, dabei aber die Fähigkeit zur Erfüllung ihres eigentlichen Verfassungsauftrags „Verteidigung“ verloren.

Seit 2014 habe die neue NATO jedoch zur kollektiven Bündnisverteidigung zurückkehren müssen. Putins erklärter Revisionismus sei eine ernsthafte Bedrohung. Dem könne die NATO nur mit „Unity and Resolve“, Einvernehmen und Entschlossenheit, begegnen. Seit 2014 habe sich die NATO der neuen Lage konsequent angepasst und Deutschland habe dies in Brüssel maßgeblich mitgestaltet. Allerdings habe Berlin versäumt, die vereinbarten deutschen Beiträge zügig zu implementieren. Die Beschlüsse von Wales 2014, zu denen u.a. das sogenannte 2%-Ziel gehöre, seien von Deutschland erst ganz am Ende der 10-Jahres-Frist in 2024 erstmals erfüllt worden. Entsprechend schlecht stehe es derzeit um die Einsatzbereitschaft und Durchhaltefähigkeit der Bundeswehr mit Blick auf einen potentiellen Verteidigungskrieg gegen Putins Russland. Nun gehe es darum, den europäischen Pfeiler in der NATO - mit der Bundeswehr wieder als Rückgrat der Bündnisverteidigung im konventionellen Bereich - zu stärken. Dies sei nötig, nicht zuletzt um die USA zu entlasten und weiterhin in Europa im Boot zu halten. Denn Trump schreibe Europa die Hauptrolle bei der konventionellen Abschreckung zu, nur den unverzichtbaren nuklearen Schirm der USA werde er wohl zuverlässig aufrechterhalten. Dies bedeute für Deutschland, gemeinsam mit Großbritannien und Frankreich in der NATO eine Ko-Führungsrolle auszufüllen und die damit verbundenen größeren Lasten zu übernehmen.

Die Ukraine sei noch nicht verloren, auch wenn Russland bei weitem nicht mehr international so isoliert dasteht, wie es notwendig wäre, sondern von China, Iran, Nordkorea als anti-westliche Gegenallianz politisch, diplomatisch, wirtschaftlich und zum Teil auch militärisch unterstützt werde. Die Ukraine dürfe nicht verlieren und Russland nicht siegen. Denn

anderenfalls müsse davon ausgegangen werden, dass Putin einen mehrjährigen Abnutzungs- und Zermürbungskrieg auch gegen NATO Mitgliedsstaaten als erfolgsversprechenden Ansatz ansieht, den ehemaligen Machtbereich Russlands in Europa gewaltsam wiederherzustellen. Seine im Ukraine-Krieg abgenutzten Landstreitkräfte sucht er bereits jetzt durch Kriegswirtschaft schnellstmöglich zu rekonstituieren. Die Forderung von Minister Pistorius und Generalinspekteur Breuer nach Herstellung von Kriegstüchtigkeit der deutschen Streitkräfte, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in den nächsten fünf Jahren sei daher nur allzu berechtigt. Das sei auch die einvernehmlich geäußerte Bewertung der europäischen Generalstabschefs bei der diesjährigen Berliner Sicherheitskonferenz gewesen.

General a.D. Meyer zum Felde mahnt Eile an. Zwar seien wir auf einem guten Weg, aber Deutschland müsse sich von dem bequemen Geschäftsmodell „Sicherheit durch USA, Wohlstand durch Handel mit China, billige Energie aus Russland“ verabschieden. Es bleibe nicht mehr viel Zeit, um die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr wiederherzustellen und darüber hinaus zivil-militärische Gesamtverteidigung und nicht zuletzt auch Durchhaltefähigkeit in einem langanhaltenden Konflikt mit Russland zu entwickeln. Dabei komme es nicht nur auf Geld an, sondern vor allem auf den politischen Willen zur Selbstbehauptung, Abschreckung und Verteidigung angesichts Putins wüster Drohungen und nuklearer Erpressung, die in Deutschland ja durchaus Wirkung zeigten.

In der anschließenden Fragen- und Diskussionsrunde, in der es um die Bedeutung des Ukraine-Krieges für Russland, die Rolle Polens und Frankreichs sowie hybride Kriegsführung ging, lag es Dr. Scharioth sehr daran, einen oft gehörten Einwand aus dem Weg zu räumen, es hätte seitens des Westens eine Zusage gegeben, keine Staaten aus dem ehe-



maligen Warschauer Pakt in die NATO aufzunehmen. Eine solche Zusage oder gar schriftliche Zusicherung habe es nie gegeben! Weder das Studium der Gesprächsprotokolle noch die Befragung an den Verhandlungen Beteiligten habe etwas Entsprechendes zu Tage geführt. Vielmehr beschreibe die NATO-Russland Grundakte die Bedingungen, zu denen sich die Sowjetunion, u.a. keine Stationierung von Nuklearwaffen und NATO-Truppen in den betreffenden Ländern, mit der freien Bündniswahl einverstanden erklärt habe. „Hätte es so eine Zusage gegeben, dann hätten die russischen Vertreter einem drei Stunden später einen ausformulierten Vertrag samt Stift unter die Nase gehalten“.

Im Anschluss an die Vorträge sowie die Fragen- und Diskussionsrunde konnten die Teilnehmer noch zu persönlichen Gespräche mit den Referenten und untereinander im Gewerbehause bei einem kostenlosen Imbiss mit Getränken sowie Kaffee und Kuchen verweilen, wovon sie wie erhofft regen Gebrauch machten.